

Martina Munz  
Fernsichtstrasse 21  
8215 Hallau

[munz@shinternet.ch](mailto:munz@shinternet.ch)

Kantonsrat

Eingegangen: 10. Dezember 2007/62

K-Nr. 2026

→ BD

An den Regierungsrat  
des Kantons Schaffhausen  
Regierungsgebäude  
8201 Schaffhausen

Hallau, 9. Dezember 2007

## Kleine Anfrage **24/2007**

### **A98 durch den Klettgau: Fluglärm gegen Autobahn**

Auszug aus NZZ Online vom 9.12.2007:

„Zwei Wochen nach der Abstimmung im Kanton Zürich über die Plafonierungsinitiative kommt nun offenbar Bewegung ins Flughafendossier. Kann Deutschland mit einer Paketlösung zum Einlenken im Flughafendossier bewegt werden? Der Bundesrat hat am Freitag über zusätzliche Angebote an Berlin diskutiert.

Wie verlässliche Quellen bestätigen, befasste sich die Landesregierung mit einem Aussprachepapier, das Verkehrsminister Moritz Leuenberger und Aussenministerin Calmy-Rey gemeinsam vorgelegt haben. Bei dem Papier handelt es sich um ein sogenannt «grünes» Geschäft, das besonderer Geheimhaltung unterliegt.

In dem Aussprachepapier von Leuenberger und Calmy-Rey werden nun neue Ansätze ausgelotet, um mit Deutschland zu einer Einigung zu kommen. Aussenministerin Calmy-Rey schlägt dabei vor, weitere Dossiers mit ins Spiel zu bringen, um Deutschland Zugeständnisse im Luftverkehr abzurufen. Konkret nennt Calmy-Rey dabei Angebote im Strassenbereich. Zu denken sei dabei an die deutsche Autobahn 98, deren Verlängerung von Rheinfelden bis Tiengen das von Fluglärm betroffene Waldshut vom Durchgangsverkehr entlasten soll. Von deutscher Seite wurde hierbei verschiedentlich eine Weiterführung an die Bodensee-Autobahn 81 gefordert. Der kürzeste Weg, um diese Strecke zu überbrücken, führt durch den Raum Schaffhausen / Zürcher Weinland.

Ein hoher Beamter wertet aber die Tatsache, dass sich der Bundesrat nun aktiv um das Dossier kümmert, als Erfolg und bezeichnet die Besprechung als «Vorbereitung für ein Verhandlungsmandat».

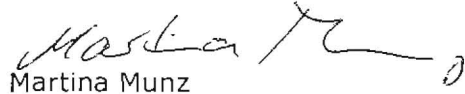
Die Gefahr einer Autobahn durch den Klettgau erhält mit diesen Verhandlungen wieder neue Aktualität.

Ich frage den Regierungsrat an:

1. Wurde der Regierungsrat über dieses Strassen-Verhandlungsangebot des Bundesrates orientiert oder allenfalls zur Stellungnahme aufgefordert.
2. Hat der Regierungsrat Kenntnis vom oben genannten „grünen“ Geschäft? Wenn ja, welche Angebote des Bundesrates wurden Deutschland bezüglich A98 gemacht? Wenn nein, wie gedenkt der Regierungsrat die nötigen Informationen zu diesem Dossier zu beschaffen.
3. Hat der Regierungsrat Kenntnis von der Vorbereitung eines Verhandlungsmandats und bemüht er sich aktiv um Mitsprache?
4. Steht die Regierung immer noch zu ihrer Meinung, dass die Weiterführung der A98 durch den Klettgau auch für den Bund keine Option ist?
5. Wie gedenkt der Regierungsrat auf die Landesregierung einzuwirken, um eine Weiterführung der A98 durch den Klettgau zu verhindern?
6. Steht die Regierung in dieser Frage in Kontakt mit der Regierung des Kantons Zürich, um eine gemeinsame Position zu erarbeiten und ein koordiniertes Vorgehen sicher zu stellen?

Für die rasche Beantwortung meiner Fragen danke ich bestens.

Mit freundlichen Grüßen

  
Martina Munz